



1. Geltungsbereich

- (1) Diese allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) gelten für Verträge zwischen der Deutschen Post AG, Charles-de-Gaulle-Straße 20, 53113 Bonn, E-Mail: impresum.brief@deutschepost.de und weiteren in den Verträgen genannten Vertragspartnern – nachfolgend einzeln oder gemeinsam Auftragnehmer genannt – und dem Auftraggeber über die Identitätsfeststellung natürlicher Personen (POSTIDENT).
- (2) Der genaue Leistungsinhalt und -umfang ergibt sich abschließend aus den Verträgen und den jeweiligen aktuell gültigen Leistungsbeschreibungen.
- (3) Die Anwendung abweichender allgemeiner Geschäftsbedingungen des Auftraggebers ist ausgeschlossen, selbst wenn der Auftragnehmer diesen im Einzelfall nicht explizit widerspricht.

2. Rechte und Pflichten des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer führt die Identifizierung von natürlichen Personen (im Folgenden „Kunde“) ausschließlich gemäß den Vorgaben der jeweiligen Leistungsbeschreibung und dem darin bestimmten Zweck durch.
- (2) Der Auftragnehmer stellt die Daten gemäß der jeweiligen Leistungsbeschreibung zur Verfügung.
- (3) Der Auftragnehmer ist berechtigt, soweit gesetzlich und aufsichtsrechtlich zugelassen, Leistungen auch durch Dritte zu erbringen.

3. Rechte und Pflichten des Auftraggebers

- (1) Damit der Auftragnehmer seine Identifizierungsleistungen ordnungsgemäß erbringen kann, muss der Auftraggeber die an ihn gestellten Anforderungen aus den jeweiligen Leistungsbeschreibungen im Voraus erfüllen. Darüber hinausgehende gesetzlichen Prüf- und Kontrollpflichten des Auftraggebers bleiben hiervon unberührt und liegen ausschließlich im Verantwortungsbereich des Auftraggebers.
- (2) Der Auftraggeber ist für den konkreten Einsatz und die Einbindung von POSTIDENT in sein Produkt allein verantwortlich. Es ist ausschließlich Sache des Auftraggebers, hierbei die gesetzlichen, insbesondere die wettbewerbsrechtlichen, schutzrechtlichen und Verbraucherschutzrechtlichen Vorschriften zu beachten. Der Auftraggeber stellt den Auftragnehmer von allen Ansprüchen Dritter, die dieser gegen den Auftragnehmer wegen eines Verstoßes gegen die vorgenannten Vorschriften geltend macht, auf erste Anforderung, frei und ersetzt dem Auftragnehmer sämtliche Schäden. Hiervon umfasst sind insbesondere die angemessenen Anwalts- und Gerichtskosten.
- (3) Es liegt im Verantwortungsbereich des Auftraggebers zu überprüfen, inwiefern POSTIDENT geeignet ist, etwaige angestrebte Rechtswirkungen zwischen ihm und seinen Kunden herbeizuführen. Der Auftragnehmer leistet diesbezüglich keine Rechtsberatung und übernimmt keine Garantien.
- (4) Sollte der Auftraggeber die ihm durch den Auftragnehmer bereitgestellten Identifizierungsdaten an Dritte weitergeben, darf er dies ausschließlich im eigenen Namen und auf eigene Verantwortung. Der Auftraggeber hat in diesem Zusammenhang die Vorgaben der einschlägigen Gesetze, insbesondere des GwG und der EU DSGVO einzuhalten. Zur Klarstellung wird darauf hingewiesen, dass der Auftragnehmer die Daten lediglich zum Zwecke der Identifizierung erhebt.
- (5) Der Auftraggeber ist verpflichtet, sämtliche zur Datensicherung und Datensicherheit notwendigen Maßnahmen zu unternehmen. Der Auftragnehmer kann die zum Abruf der Informationen eingesetzten Schnittstellen während der Vertragslaufzeit jederzeit ändern (u. a. aktualisieren, erweitern oder einschränken). Der Auftraggeber ist verpflichtet, seine Zugangsdaten geheim zu halten.

Er wechselt eigenverantwortlich die von ihm für den Abruf der Daten eingesetzten Passwörter aus Sicherheitsgründen mindestens einmal im Jahr.

- (6) Der Auftraggeber ist berechtigt, Identifizierungsdaten beim Auftragnehmer temporär zwischenspeichern. Es gelten die in Ziffer 7 Abs. (5) erläuterten Fristen zur Abholung der Identifizierungsdaten entsprechend.

4. Mängelansprüche

- (1) Der Auftraggeber hat bei unvollständiger oder mangelhafter Identifizierung Anspruch auf Erstattung des Entgelts für den jeweiligen POSTIDENT Auftrag. Der Identifizierung folgende Korrekturversuche werden nicht unternommen.
- (2) Sofern ein Formular gedruckt wurde, sind Beanstandungen wegen unvollständiger oder mangelhafter Leistung der Deutschen Post unverzüglich, spätestens aber 2 Monate nach Durchführung der Identifikation unter Angabe des Mangels und gegen Vorlage des beanstandeten POSTIDENT Formulars schriftlich oder in Textform anzuzeigen. Im Falle einer Erstattung werden die Formulare anschließend datenschutzkonform vernichtet.
- (3) Sofern die Identifizierungsdaten ausschließlich digital bereitgestellt wurden sind Mängelansprüche unter Angabe des Mangels, der Vorgangsnummer und der Abrechnungsnummer innerhalb der vereinbarten maximalen Speicherdauer abzüglich 5 Arbeitstage in Textform anzuzeigen. Jede beanstandete Identifizierung ist jeweils in einer E-Mail anzuzeigen.

Format der Mangelmeldung bei rein digitaler Ergebnisbereitstellung:

- E-Mail im reinen Textformat.
- Empfänger: postident@deutschepost.de
- Absender-E-Mailadresse ist einem der DPAG bekannt gemachtem Kontakt des Auftraggebers zugeordnet.
- Betreffzeile (Subject): „Reklamation POSTIDENT – <Vorgangsnummer>“

Nachrichteninhalt jeweils auf einer eigenen Zeile:

- Abrechnungsnummer: <Abrechnungsnummer>
- Vorgangsnummer: <Vorgangsnummer>
- Reklamationsgrund: <Text bis zu 160 Zeichen>

5. Haftung

- (1) Der Auftragnehmer haftet für Schäden, außer im Fall der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (sog. Kardinalpflichten) nur, wenn und soweit dem Auftragnehmer, seinen gesetzlichen Vertretern, leitenden Angestellten oder sonstigen Erfüllungshelfern Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt. Kardinalpflichten sind solche Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung dieses Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung die Vertragspartner regelmäßig vertrauen dürfen. Im Fall der Verletzung von Kardinalpflichten haftet der Auftragnehmer für jedes schuldhafte Verhalten seiner gesetzlichen Vertreter, leitenden Angestellten oder sonstigen Erfüllungshelfern; bei leichter Fahrlässigkeit ist die Haftung des Auftragnehmers der Höhe nach auf die bei Vertragsschluss typischerweise vorhersehbaren Schäden begrenzt.
- (2) Die vorgenannten Haftungsausschlüsse und -beschränkungen gelten darüber hinaus ebenfalls nicht für Schäden, die aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, der Übernahme einer Beschaffenheitsgarantie oder einem arglistigen Verschweigen von Mängeln durch den Auftragnehmer resultieren, sowie im Fall von Produkthaftungsansprüchen.



- (3) Der Auftragnehmer haftet in jedem Fall nicht für Ausfälle oder Störungen der technischen Infrastruktur, die auf unvorhersehbare Ereignisse der außerhalb ihres Verantwortungsbereichs liegenden technischen Infrastruktur (höhere Gewalt) zurückzuführen sind. Als Ereignisse höherer Gewalt gelten insbesondere Krieg, Unruhen, Naturgewalten, Feuer, Sabotageangriffe durch Dritte (wie z. B. durch Computerviren), Stromausfälle, behördliche Anordnungen, Arbeitskampfmaßnahmen und der Ausfall oder eine Leistungsbeschränkung von Kommunikationsnetzen und Gateways anderer Betreiber.
- (4) Des Weiteren haftet der Auftragnehmer in jedem Fall nicht für Schäden, die dadurch entstehen, dass der Auftraggeber die Daten für andere Zwecke verwendet, als vertraglich vorgesehen oder diese an Dritte weitergibt.

6. Entgelt und Abrechnung

- (1) Der Auftraggeber hat für das jeweilige Identifizierungsverfahren die in der aktuellen Preisliste POSTIDENT für die einzelnen Produkte ausgewiesenen Entgelte zuzüglich etwaiger Beförderungsentgelte zu entrichten.
- (2) Die in der jeweils geltenden Preisliste genannten Entgelte sind Nettopreise. Wenn und soweit Umsatzsteuer auf die vom Auftragnehmer erbrachten Leistungen anfällt, wird diese auf der Rechnung ausgewiesen und ist in der jeweiligen gesetzlichen Höhe vom Auftraggeber zu entrichten.
- (3) Die Nettoentgelte fallen mit Aktivierung des Identifizierungsverfahrens durch den Kunden an.

7. Datenschutz

- (1) Die Vertragsparteien werden alle Informationen, die sie und/oder von ihnen zur Vertragserfüllung herangezogene Dritte im Rahmen der vertragsgegenständlichen Zusammenarbeit voneinander direkt oder indirekt erhalten, auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses geheim halten und Dritten nicht offenbaren. Dies gilt nicht, wenn diese Informationen bereits bekannt waren oder ohne Verstoß gegen Geheimhaltungspflichten bekannt oder öffentlich zugänglich werden. Davon unberührt sind gesetzliche oder durch Behörden oder Gerichte rechtmäßig verfügte Offenbarungspflichten; in entsprechenden Fällen ist der Vertragspartner zu informieren und das Vorgehen insoweit mit ihm abzustimmen. Die Vertragsparteien werden Informationen nicht für andere Zwecke als vertraglich vereinbart verwenden.
- (2) Der Auftragnehmer unterliegt den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen. Sämtlichen Mitarbeitern ist es untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu verarbeiten. Sie sind gemäß Art 28 Abs. 3 DSGVO verpflichtet worden, personenbezogene Daten nur dann zu verarbeiten, wenn eine Einwilligung bzw. eine gesetzliche Regelung die Verarbeitung erlauben oder eine Verarbeitung dieser Daten vorgeschrieben ist.
- (3) Die Vertragsparteien werden ihre Erfüllungsgehilfen, die von dem Vertrag wissen oder an den Verhandlungen beteiligt sind, in gleicher Weise verpflichten, die hierbei erworbenen Kenntnisse und Informationen geheim zu halten, und zwar auch in der Zeit nach dem Ausscheiden dieser Mitarbeiter aus den jeweiligen Dienstverhältnissen.
- (4) Die wiederholte schuldhaftige Verletzung der gesetzlichen oder vertraglichen Geheimhaltungsverpflichtungen trotz Abmahnung, schriftlich oder in Textform, berechtigt zur fristlosen Kündigung dieses Vertrages. Schadensersatzansprüche infolge solcher Verletzungen bleiben unberührt.
- (5) Der Auftragnehmer speichert die POSTIDENT Daten, um diese zum ordnungsgemäßen Ermitteln, Abrechnen und Auswerten sowie zum Nachweis der Richtigkeit von Leistungsentgelten (Entgelt Daten) zu verwenden, bzw. um diese dem Auftraggeber zur

Verfügung zu stellen. Die Speicherfrist für die bereitgestellten Identifizierungsdaten, ggf. inkl. der elektronisch hochgeladenen Dokumente, beträgt maximal 90 Tage. Die Speicherfrist für gesetzliche erforderliche Videoaufzeichnungen beträgt 30 Tage. Auf Wunsch kann der Auftraggeber auch eine kürzere Dauer vereinbaren. Nach Ablauf der Speicherfrist werden die Daten gelöscht und ein Abruf durch den Auftraggeber ist nicht mehr möglich.

8. Abtretungs-, Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsverbot

- (1) Die Abtretung von Rechten aus Verträgen über POSTIDENT und die Übertragung dieser Verträge insgesamt durch den Auftraggeber bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers.
- (2) Die Aufrechnung oder Zurückbehaltung durch den Auftraggeber gegen Ansprüche des Auftragnehmers aus diesen Verträgen oder damit zusammenhängenden außervertraglichen Ansprüchen ist nur statthaft, sofern die fällige Gegenforderung rechtskräftig festgestellt oder unbestritten ist.

9. Sonstige Regelungen

- (1) Der Auftraggeber teilt Änderungen und Ergänzungen, die sich auf die Durchführung der Leistungen (z. B. Umzug, Änderung der Anschrift) und auf das Vertragsverhältnis (Namensänderung) auswirken, dem Auftragnehmer unverzüglich schriftlich oder in Textform mit.
- (2) Änderungen oder Ergänzungen dieser AGB werden dem Auftraggeber durch den Auftragnehmer schriftlich oder in Textform mitgeteilt. Soweit nicht ein schriftlicher Widerspruch des Auftraggebers innerhalb eines Monats nach Zugang der Mitteilung bei dem Auftragnehmer eingeht, gelten diese Änderungen als akzeptiert.
- (3) Für sämtliche Rechtsbeziehungen der Vertragsparteien gilt deutsches Recht.
- (4) Ausschließlicher Gerichtsstand für Rechtsstreitigkeiten mit Kaufleuten, juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtlichen Sondervermögen aus Verträgen, die diesen AGB unterliegen, ist Bonn.

Stand: Januar 2020